



Ausgabe 21

26. April 2012

Inhalt >>>

- > ACTA ist der falsche Weg
Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Ismail Ertug 1
- > Flugastdatenabkommen bleibt mangelhaft
Wolfgang Kreissl-Dörfler 2
- > Keine Gigaliner auf Europas Straßen!
Ismail Ertug 2
- > Nicht Engagement abwürgen, sondern Gute Arbeit sichern!
Kerstin Westphal 2
- > Viel Lärm um Nichts...
Kerstin Westphal 3
- > Syrien - banges Hoffen auf eine friedliche Lösung
Wolfgang Kreissl-Dörfler 3
- > Neue Jobs für Griechenland dank neuer Instrumente
Kerstin Westphal 3
- > Zur Info:
EU-Datenschutzbeauftragter 2
- >>> Service
- > Besuchergruppe 4
- > Kontakt 4

O-Ton

"Das europäische Miteinander aber ist ohne den Lebensatem der Solidarität nicht gestaltbar."

Bundespräsident Joachim Gauck, Antrittsrede 23.03.2012, Berlin

ACTA ist der falsche Weg

von Kerstin Westphal, Ismail Ertug und Wolfgang Kreissl-Dörfler

Am 12.04. haben wir SozialdemokratInnen im Europäische Parlament eine öffentliche Diskussion zum umstrittenen ACTA-Abkommen organisiert, zu der VertreterInnen aus Industrie und Zivilgesellschaft eingeladen waren. 300 TeilnehmerInnen nahmen an diesem Runden Tisch in Brüssel teil. Zudem verfolgten mehrere Tausend Teilnehmer die Debatte im Web. Nach dieser öffentlichen Aussprache sehen wir SPD-Europaabgeordnete unsere Kritik an ACTA bestätigt.

Das ACTA-Abkommen (Anti-Counterfeiting Trade Agreement), das von der EU-Kommission mit einzelnen Ländern außerhalb der EU – darunter die USA und Japan – verhandelt wurde, hat zum Ziel, Produkt- und Markenpiraterie zu bekämpfen und den Urheberschutz im Online-Bereich zu stärken. Zahlreiche Vertreter von Nichtregierungsorganisationen sowie Bürgerrechtler und Datenschützer untermauerten bei der Konferenz unsere Sorgen, dass durch ACTA Grund- und Freiheitsrechte sowie der Handel mit generischen Medikamenten (d.h. Arzneimittel, die eine wirkstoffgleiche Kopie eines bereits unter einem Markennamen auf dem Markt befindlichen Medikaments sind) eingeschränkt werden könnten. Auch der Schutz der Rechte von Kulturschaffenden sei nicht hinreichend klar geregelt, so die Kritik.

Runder Tisch bestätigt sozialdemokratische Kritik

Die Debatte hat uns in der Auffassung bekräftigt, dass es im ACTA-Text weit mehr rechtliche Unklarheiten als mögliche Vorteile gibt. ACTA könnte das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen (informationelle Selbstbestimmung) in Frage stellen. Darüber hinaus regt es eine Verschiebung der Durchsetzung des Urheberrechts durch staatliche hin zu privatwirtschaftlichen Akteuren an. Das ist für uns nicht akzeptabel! Auch ist es ein Fehler der EU-Kommission, die Bekämpfung von Produktpiraterie und die Durchsetzung von Urheberrechten im

digitalen Bereich in ein und demselben Abkommen regulieren zu wollen.

SozialdemokratInnen bereiten Alternativen vor

Eine Ablehnung von ACTA durch das Europäische Parlament könnte noch vor dem Sommer erfolgen. Damit wäre ACTA in der EU endgültig vom Tisch. Gleichzeitig fordern wir SPD-Abgeordneten, nach der voraussichtlichen Ablehnung von ACTA im Interesse europäischer Arbeitsplätze und der Sicherheit der Verbraucher, die von Produktfälschungen bedroht werden (z.B. gefälschte Ersatzteile und Medikamente), schnell einen neuen Anlauf auf globaler Ebene zu unternehmen. Für uns ist wichtig, dass jetzt zügig Maßnahmen gegen Produktpiraterie erarbeitet werden – und zwar im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Getrennt davon müssen wir unter voller Transparenz und Einbeziehung der Zivilgesellschaft sorgfältig über einen modernen Schutz berechtigter Urheberinteressen im digitalen Bereich nachdenken.

Wir müssen die Rechte und Einkommensmöglichkeiten von Kulturschaffenden adäquat sichern und gleichzeitig unabhängige Kultur und Information weiter möglich machen. Deshalb wird unsere sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament alternative Vorschläge zu Produktpiraterie und Copyright ausarbeiten und auch die Kommission auffordern, zwei alternative Gesetzesvorschläge vorzulegen.

Fluggastdatenabkommen bleibt mangelhaft

In seiner Plenarsitzung am vergangenen Donnerstag hat das Europäische Parlament mehrheitlich dem neuen Abkommen zwischen der EU und den USA zur **Weitergabe von Fluggastdaten (PNR)** zugestimmt. Wir SPD-Europaabgeordnete haben gegen das Abkommen gestimmt und sind **enttäuscht über das Abstimmungsergebnis**, da das neue PNR-Abkommen (unserer Meinung nach) rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht gerecht wird und die Persönlichkeitsrechte europäischer BürgerInnen aufs Spiel setzt. Mit dem Abkommen liefern wir unsere BürgerInnen dem Rechtssystem der USA aus, anstatt unsere Werte zu verteidigen und die Rechte der BürgerInnen zu schützen. Der Kampf gegen Terrorismus ist sehr wichtig, keine Frage. Aber wir SozialdemokratInnen **sind besorgt über die Richtung**, die die EU dabei bereit ist einzuschlagen.

Wir kritisieren vor allem, dass das neue Abkommen nicht auf die Bekämpfung von internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität begrenzt ist. Stattdessen sieht es vor, dass Fluggastdaten **für alle Straftaten, unabhängig von ihrer Schwere**, verwertet werden können. Zudem kann jedes US-Gericht die Daten anfordern.

Wir haben dem Abkommen auch deshalb nicht zugestimmt, da der Anwendungsbereich des Abkommens so weit gefasst ist, dass **fast jeder Grund als Rechtfertigung für die Sammlung von Fluggastdaten** herhalten kann. Unschuldige Fluggäste könnten so unter Generalverdacht gestellt werden. Auch die hohe Anzahl von 19 Datenkategorien und deren lange Speicherfristen von 15 Jahren im Fall von Terrorismus und zehn Jahren bei anderen Straftaten sind nicht gerechtfertigt.

Erschwerend kommt hinzu, dass das neue Abkommen einem einheitlichen Ansatz für alle Fluggastdatenabkommen widerspricht. Mit der Annahme des Abkommens **schafft die EU einen Präzedenzfall**, insbesondere hinsichtlich des unzureichenden Datenschutzniveaus. Dies kann erhebliche Auswirkungen auf die Verhandlungen mit weiteren Drittstaaten wie Kanada, Südkorea oder Katar haben, die ebenfalls ihr Interesse an Fluggastdaten-Abkommen mit der EU signalisiert haben.

Wir SPD-Abgeordnete **fordern ein einheitliches EU-Modell als Grundlage für alle Fluggastdaten-Abkommen**, einschließlich EU-Datenschutzstandards, angemessenen Klagemöglichkeiten, verhältnismäßigen Speicherfristen sowie einer klaren Zweckbindung der Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität.

WKD

Zur Info >>>



Peter Hustinx –

Europäischer
Datenschutz-
beauftragter

Der Europäische Datenschutzbeauftragte ist ein unabhängiger Experte, der die Verwendung personenbezogener Daten innerhalb der EU beaufsichtigt. Er untersucht die Verwendung solcher Daten innerhalb der EU-Verwaltung.

Darüber hinaus ist Hustinx dafür zuständig, die EU-Institutionen bei neuen Gesetzen zum Datenschutz zu beraten und ist auch für die Koordinierung mit anderen Datenschutzstellen zuständig, um eine korrekte Anwendung der Bestimmungen zu gewährleisten.

Der Europäische Datenschutzbeauftragte kümmert sich ebenfalls um Fälle, in denen EU-Bürger Datenschutzrechte durch die EU-Organe oder -Institutionen verletzt sehen. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, direkt über die [Internetseite des Datenschutzbeauftragten](#) eine Beschwerde einzureichen.

Keine Gigaliner auf Europas Straßen!



Quelle: <http://www.nomegatrucks.eu/>

Eine **hitze Debatte** lieferten sich Kommission und Parlament zum Thema ‚Gigaliner‘: Pläne der Europäischen Kommission sahen vor, die Riesen-Lkw mit **bis zu 25 Metern Länge und 60 Tonnen Gewicht** für den grenzüberschreitenden Verkehr zuzulassen. Nun musste Verkehrskommissar Kallas dem Druck der Europaabgeordneten nachgeben und von seinem Vorhaben absehen. **Kritik übten die Abgeordneten** insbesondere am undemokratischen Vorgehen der Kommission: Eine EU-Richtlinie aus den 1990er Jahren verbietet bisher diesen grenzüberschreitenden

Verkehr. Anstatt ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren einzuleiten und Parlament und Rat an der Entscheidung zu beteiligen, erwog die Kommission **über die Köpfe der Abgeordneten hinweg** eine neue Rechtsinterpretation der Richtlinie vorzunehmen. In Deutschland werden die Probleme mit Gigaliner jetzt schon handfest: Straßen, Brücken und Bahnübergänge sind nicht für die Monstertrucks ausgelegt und das Unfallrisiko würde durch ihren Einsatz deutlich erhöht. Laut Forsa-Umfrage **lehnen** zudem **77 Prozent der Deutschen die Gigaliner** auf deutschen Straßen **ab. IE**

Nicht Engagement abwürgen, sondern Gute Arbeit sichern!

Eine heiße Debatte ist um die **Revision der Arbeitszeitrichtlinie** entbrannt. Nachdem sich Sozialkommissar Andor geäußert hat, befürchten nun viele ehrenamtlich Engagierte, dass durch eine neue Arbeitszeitrichtlinie ihr Engagement sehr erschwert, vielleicht unmöglich wird.

Aktuell ist noch nichts entschieden. Im Moment verhandeln die Sozialpartner, also Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbände in Brüssel, über die Revision der Arbeitszeitrichtlinie. Die **SPD-Europaabgeordneten unterstützen die Gewerkschaften** in ihrer Forderung, die wöchentliche Höchstarbeitszeit zu begrenzen. Seit Jahren diskutieren wir als Europäisches Parlament über die Höchstarbeitszeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In der aktuellen Richtlinie ist auch klar umfasst, für wen die Arbeitszeitrichtlinie

gültig ist: Menschen, die ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis haben.

Für die Beratung sind zunächst auch nur die Sozialpartner verantwortlich. Sie diskutieren seit Dezember 2011. Die Kommission nimmt daran lediglich als Beobachterin teil. Nur wenn die Sozialpartner keine Einigung erzielen, wird die Kommission einen Vorschlag unterbreiten, dies wird frühestens Anfang September 2012 der Fall sein.

Für die SPD-Europaabgeordneten ist klar: **Ehrenamt ist freiwillig geleistete Arbeit**, die nicht unter den Begriff des Beschäftigungsverhältnisses gefasst werden kann. Ehrenamt stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und deswegen werden wir eine mögliche Einbeziehung in die Arbeitszeitrichtlinie im Auge behalten.

KW

Viel Lärm um Nichts...

Die Überschriften lauteten letztlich "EU-Parlament stimmt gegen obligatorische Erhöhung der Dieselsteuer." Sie hätten damit auch lauten können: "Lambsdorffs Attacke gegen S&D-Fraktion ist reiner Populismus". Die Liberalen, namentlich Alexander Graf Lambsdorff, im Europäischen Parlament hatten vor der Abstimmung zum sog. Lulling-Bericht viel Wirbel um Nichts gemacht. Der Bericht von Astrid Lulling aus dem Wirtschaftsausschuss zu einem Kommissionsvorschlag behandelt die harmonisierte Besteuerung von Energieerzeugnissen.

Mindeststeuersätze für Brenn- & Kraftstoffe, elektrischen Strom

Die Idee der Kommission lautete, die vier Themen Klimawandel, Energieeffizienz, Binnenmarkt sowie die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Einklang zu bringen. Dafür werden Mindeststeuersätze für die Brennstoffe, die Kraftstoffe und elektrischen Strom festgelegt, die sich im Wesentlichen nach der Menge der verbrauchten Energie richten. Abgesehen von diesen Mindeststeuersätzen steht es den Mitgliedstaaten frei, ihre nationalen Steuersätze nach eigenem Ermessen festzulegen.

Syrien - banges Hoffen auf eine friedliche Lösung

Am Dienstag vergangener Woche diskutierten Europaabgeordnete mit Catherine Ashton über Syrien. Anlass waren die verminderten, aber **andauernden Kämpfe** trotz des sogenannten Sechspunkte-Vorschlags des Gemeinsamen Sondergesandten der UNO und der Liga der arabischen Staaten, Kofi Annan.

Dieser hat zum Ziel, **allen Gewalthandlungen sofort ein Ende** zu setzen, den Zugang für humanitäre Hilfe zu sichern und einen von Syrien geleiteten Übergang zu einem demokratischen und pluralistischen politischen System zu erleichtern. **Die EU steht nach wie vor hinter den Bemühungen der UNO.** Allerdings zeigten sich die Abgeordneten eher skeptisch angesichts der brüchigen Waffenruhe und der drängenden Zeit.

Dennoch: Die UNO steht erst am Anfang ihrer Mission. In Kürze sollen **300 unbewaffnete Militärbeobachter** die Waffenruhe und die Umsetzung des UN-Plans überwachen. Wir Sozialdemokraten hoffen, dass diese letzte Chance auf eine friedliche Lösung genutzt wird. **WKD**

Die Kommission schlägt vor, die künftige Energiebesteuerung in zwei Komponenten aufzuteilen: eine auf der Grundlage des CO₂-Gehalts und eine auf der Grundlage des Energiegehalts.

Diesel in Deutschland nicht teurer

Die Liberalen hatten Sorgen gestreut, die im Vorschlag enthaltenen neuen Mindeststeuersätze würden zu einer erheblichen und sofortigen Erhöhung der Besteuerung von Dieseldieselkraftstoff in Deutschland führen. Die Sorgen stützten sich auf einen Passus im Vorschlag, nachdem europaweit die Dieseldieselbesteuerung von 33 auf 41 Cent pro Liter angehoben werden sollte. Doch wie der zuständige Kommissar Algirdas Semeta selbst bekundet, ist diese Mindestgrenze schon jetzt in den meisten Mitgliedstaaten deutlich höher; in Deutschland bei 47 Cent pro Liter. Damit ist klar, dass der Vorschlag Diesel in Deutschland nicht verteuern würde.

Initiative Deutscher Sozialdemokraten

Wir Sozialdemokraten haben zudem als einzige Delegation einen Antrag zur

Absicherung der Dieseldieseltechnologie eingebracht. Danach dürfen nach Ablauf einer vorgeschlagenen Übergangsfrist nach 2023 Benzin und Diesel nicht gleich teuer sein. Denn der verstärkte Einsatz von energieeffizienteren Dieseldieselmotoren in PKW stellt einen wichtigen Bestandteil im Kampf um geringere CO₂-Emissionen dar. Aus diesem Grund setzen sich die SozialdemokratInnen für die Schaffung flexiblerer Maßnahmen ein, um die Wettbewerbsfähigkeit und CO₂-Reduzierungsstrategie im europäischen PKW-Sektor nicht zu gefährden. Sonstige Steuern, die im Zusammenhang mit der Nutzung eines PKW stehen, müssen harmonisiert und konsequent an den CO₂-Emissionen der Fahrzeuge ausgerichtet werden. Des Weiteren bedarf es eines längeren Übergangszeitraums bis 2025, um der europäischen Automobilindustrie ausreichend Zeit für Anpassungen und die erforderlichen technischen Entwicklungen zu lassen.

Lambsdorffs Versuch sich mit Unwahrheiten über uns zu profilieren, muss vor diesem Hintergrund daher als klägliche Bemühung gelten, der FDP Schlagzeilen zu verschaffen. **KW**

Neue Jobs für Griechenland dank neuer Instrumente

Am Donnerstag hat das Plenum den Weg frei gemacht für mehr Investitionen in Griechenland. Das "Risikoteilungsinstrument" klingt kompliziert, hat aber einen ganz praktischen Nutzen: Viele Projekte zum Aufbau der griechischen Wirtschaft haben das Problem, dass sich keine privaten Investoren daran beteiligen. Um sich beteiligen zu können, benötigen Investoren nämlich in der Regel einen entsprechenden Bankkredit. Da die Finanzinstitute Projekte in Griechenland derzeit als zu riskant bewerten, vergeben sie kaum Kredite, was dazu führt, dass wichtige Projekte nicht umgesetzt werden können.

Risikoteilungs-Instrument unterstützt Investitionen

Ein Teil der Mittel, die die EU Griechenland bereits zugewiesen hat, soll jetzt genutzt werden, um solche Kredite abzusichern. Die Banken können dann sicher sein, ihr Geld später zurückzubekommen und vergeben eher Kredite. Wenn eine Bank einen Kredit von 10.000 Euro vergibt und befürchtet, dass sie nur 8.000 Euro zurückerhält, sichert die EU die fehlenden 2.000 Euro ab. Die Investoren wiederum können sich mit den erhaltenen Bankkrediten an Projekten der EU beteiligen, durch die dann in Griechenland mehrere tausend

Stellen entstehen sollen. Für diese Maßnahme sollen bis zu 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Dieses Zeichen an private Investoren wird dafür sorgen, dass Wachstum und Beschäftigung in Griechenland entstehen. Neben Griechenland können übrigens auch fünf weitere europäische Länder von der Maßnahme profitieren: Ungarn, Rumänien, Lettland, Portugal und Irland. **KW**



Unsere Besucher in Brüssel und Straßburg >>>



Auf Einladung von **Kerstin Westphal** besichtigten 16 Besucher der VHS Hassberge das Europäische Parlament in Brüssel. Im Gespräch erläuterte Kerstin Westphal Aufgabe und Funktion des Parlaments und diskutierte im Anschluss daran über aktuelle Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Anfang der letzten Sitzungswoche organisierte **Ismail Ertug** für 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der Oberpfalz und Niederbayern eine dreitägige Fahrt zum Europäischen Parlament nach Straßburg.

Neben einer Stadtführung in Straßburg stand auch eine Weinprobe auf dem Programm. Im Parlament erklärte Ismail Ertug persönlich seinen Besuchern die Institutionen der Europäischen Union und wie seine politische Arbeit im Parlament und in der Heimat abläuft. Bei einem gemeinsamen Mittagessen beantwortete er noch zahlreiche Fragen zur aktuellen europäischen Politik.



Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110

wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu

Ansprechpartnerinnen:

Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:

Oberanger 38/IV

80331 München

T.: 089 21 02 43 61

F.: 089 21 02 43 61

europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:

Britta Besan

Bürozeiten:

Mo, Mi, Do: 9.00-17.00 Uhr; Di, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP* (KW)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534

kerstin.westphal@europarl.europa.eu

Ansprechpartner:

Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:

Kornmarkt 17

97421 Schweinfurt

T.: 09721 715 716,

F.: 09721 474 0884

eder@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:

Marietta Eder

Semmelstr. 46R

97070 Würzburg

T.: 0931 45 25 31 28

F.: 0931 45 25 31 29

augustin@kerstin-westphal.de

Bürozeiten:

Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr

Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*(IE)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547

ismail.ertug@europarl.europa.eu

AnsprechpartnerInnen: Luisa Gluck,

und Fatih Aydogan

Europabüro:

Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9

93055 Regensburg 94469 Deggendorf

T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64

F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63

europabue-ro@ertug.eu

katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:

Johannes Hintermaier Katja Reitmaier

Bürozeiten:

Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr: 8.00-15.00 Uhr